

DIE FREIHEIT: Jetzt redet René Stadtkewitz!



Verfolge ich in diesen Tagen die Presse, bewegt mich einmal mehr die Frage, was ist eigentlich aus diesem schönen Land geworden. Heute genau vor drei Jahren fand auf meine Einladung hin in einem Berliner Hotel eine große Veranstaltung mit Geert Wilders statt. Es war das erste Mal, dass Geert Wilders in Deutschland sprach. Jene Veranstaltung, für dessen Ankündigung mich die Berliner CDU aus ihrer Abgeordnetenhausfraktion geworfen hat und dies, obwohl sich der Eingeladene gerade in Sondierungsgesprächen mit der Schwesternpartei der CDU in den Niederlande befand.

(Von René Stadtkewitz)

Diese Veranstaltung war aber auch der Auftakt für eine neue Partei, die mehr Freiheit und Demokratie, mehr Mitsprache und weniger Bevormundung einforderte. Sie wollte Tabus aufbrechen,

war es Leid, dass über manche Dinge in diesem Land nicht oder nur geschönt gesprochen wurde. Wie zum Beispiel über die möglichen Gründe mangelnder Integrationsbereitschaft bestimmter Zuwanderergruppen und die Ursachen sich zum Teil kriminalisierender Parallelgesellschaften.

Aus allen Teilen der Gesellschaft kamen kluge Menschen hinzu und wollten sich einbringen. Manche machten ihre Erfahrungen in etablierten Parteien, sie kamen aus der CDU, der FDP, der SPD und auch den Grünen. Sogar ehemalige Mitglieder der heutigen Linkspartei traten ein. Der größte Teil jedoch waren Menschen, die nie zuvor in irgendeiner Partei Mitglied waren. Sie waren 16 bis sogar 102 Jahre alt und voller Tatendrang. Viele hatten eigene Migrationserfahrungen und wussten genau, warum sie zu uns gekommen sind. Extremisten hatten nie eine Chance, die Satzung war glasklar und wurde stets angewandt.

Dies alles interessierte in den Medien nie, wie auch das eigentliche, mühevoll erarbeitete Parteiprogramm nicht. Es reichte, sich irgendwo negativ über den Islam zu äußern. Wer den Islam kritisiert, ihn als Ursache für die häufigsten Integrationsprobleme oder sogar als Ursache für die allermeisten heutigen Konflikte in der Welt benennt, wird ausgelacht, beschimpft oder verunglimpft. Aber er wird nicht angehört. Auf einmal sind all diese klugen Menschen islamophob und rechtspopulistisch.

Aber was bedeutet dies eigentlich? Islamophob – Angst vor dem Islam.

Haben wir tatsächlich Angst vor dem Islam? Muss es uns Angst machen, weil in so vielen Ländern dieser Welt Menschen verfolgt, vertrieben oder ermordet werden, nur weil sie Christen, Juden, Hindus oder sonst etwas sind? Müssen wir Angst haben, weil wir mit Flüchtlingen aus dem Iran und aus dem Irak gesprochen haben, die uns von brutalen Attacken fanatischer Moslems in ihren Heimatländern erzählten und die weinend berichteten, dass ihre Familien nie wieder komplett

sein werden? Müssen wir Angst haben, weil wir gesehen haben, wie Schulen in Ashkelon oder Sderot mit Stahlbetonwänden und Panzerglasscheiben vor Raketen aus islamischen Nachbarn geschützt werden müssen und wie uns Mütter berichteten, wie sie jeden Tag aufs neue hoffen, dass ihre Kinder wieder gesund nach Hause kommen? Müssen wir Angst haben, weil wir muslimischen Mädchen geholfen haben, die sich vor ihren ehrenmordrünstigen Familien versteckt hielten, mitten in unserem Land? Müssen wir Angst haben, weil in Moscheen in Deutschland unter Anleitung der türkischen Religionsbehörde gegen die ach so ungläubige deutsche Gesellschaft gehetzt wird? Müssen wir Angst haben, weil sich Fundamentalisten hier den Anweisungen ihres Religionsgründers wörtlich nehmend so manche Grausamkeit ausgedacht haben? Müssen wir Angst haben, wenn uns Polizisten berichteten, dass sie sich in so manchen ghettoisierten Stadtteilen allein nicht mehr hineintrauen.

Nein, all dies macht uns betroffen und besorgt, aber wir haben keine Angst! Noch fühlen wir uns sicher in diesem Land. Noch ist es unseren Sicherheitsbehörden gelungen, jeden geplanten Anschlag zu vereiteln. Und wir haben keine Angst, weil wir wissen, dass die meisten Muslime in unserem Land den klaren Anweisungen nicht Folge leisten.

Aber wir nehmen uns das Recht heraus, die Quellen und politischen Forderungen des Islams zu hinterfragen und zu kritisieren. Wir nehmen uns das Recht heraus, anzusprechen, dass Zuwanderer aus islamischen Ländern die allergrößten Schwierigkeiten haben, sich in unser Land einzufügen und gleichzeitig nicht wenige von ihnen unser Land nach den intoleranten Vorstellungen von Scharia und Koran umgestalten wollen. Wir nehmen uns das Recht heraus, zu kritisieren, dass zahlreiche islamische Großfamilien zum Teil illegal in diesem Land alimentiert werden und zusätzlich Polizei und Justiz in Atem halten. Wir schauen genauer hin, und setzen uns für politische Konsequenzen ein.

Was uns aber Angst machen kann, ist die mediale Einheitsfront,

die wie die Aasgeier jedes Wort eines Kritikers durchleuchten, unterstellen, Zusammenhänge konstruieren, die es nie gegeben hat. Fast so, als ginge es darum, einen wieder einmal Ungeliebten gesellschaftlich zu isolieren und zur Strecke zu bringen.

Wie aus einem Guss lesen sich Berichte, Beiträge, Stellungnahmen, Kommentare. Nicht einmal über den Namen des Autors lässt sich noch schließen, zu welchem Blatt der Artikel eigentlich gehört.

Und die wenigen, die ihren eigenen Kopf einschalten und eigene Beiträge produzieren, sind dann in den Augen der medialen Einheitsfront jene Blätter, die recht populistisch sein müssen oder sogar „eine Scharnierfunktion zum Rechtsextremismus“ bilden. Beinahe so, als ob sie es sind, die NSU-Terroristen Tipps geben, wo sie als nächstes hinzufahren hätten.

Dass es jedoch stets linke Journalisten waren, die Hand in Hand mit Linksextremisten Hoteliers, Gastwirte unter Druck setzen, weil sich honorige Mitglieder unserer Partei irgendwo in diesem Land zu einer Beratung getroffen haben, spielt keine Rolle. Nicht einmal dann, wenn Einrichtungen beschädigt, Menschen angegriffen und öffentlich an den Pranger gestellt werden. Nein – dies nennen sie dann: Zivilcourage.

Nicht ohne Grund wird Deutschland von außen für seine mangelnde Pressefreiheit kritisiert.

Wo blieben redliche Journalisten, die kritisch hinterfragen, wenn uns seinerzeit ein „Verteidigungsminister“ Scharping mit gefälschten Bildern und Lügen erklärt, warum es richtig und notwendig sei, gegen die Serben in den Krieg zu ziehen. Nein – dann fehlt auf einmal jegliche Fantasie, dann gibt es keinen moralischen Zeigefinger. Es reicht nicht, Politiker beim Teppichkauf zu ertappen, wenn gleichzeitig zu den wirklich wichtigen Themen ein kollektiver Einheitsbrei erzeugt wird. Ihre Mitverantwortung an zahlreichen Fehlentwicklungen sind

sie sich nicht bewusst.

Wer Islamkritiker als dumpfe Islamhasser verunglimpft, hat entweder nicht die geringste Ahnung, was es mit der Religion des Friedens™ auf sich hat, oder ist ein wissender Ignorant.

Bei aller berechtigten Kritik an der Eurorettung, der ESM lässt sich notfalls abwickeln, auch wenn dies am Ende einige 1.000 Mrd Euro kostet. Aber Kultur und Werte verliert ein Volk für immer. Was bleibt, ist ein entwurzelttes Volk ohne Zukunft.

Wer sich von unwissenden oder ideologisierenden Medien treiben lässt, wer sich der Meinungs- und Gesinnungsdiktatur unterwirft, hat schon verloren. Wer seine Politik danach ausrichtet, was diese Blätter gut oder schlecht finden, macht sich zum Spielball einer tabuisierenden *Political correctness*, die dieses Land früher oder später zugrunde richten wird.

Niemand ist ein schlechter Mensch, der sich für die Ziele unserer Partei eingesetzt hat. Im Gegenteil! Die Schelte der meisten Medien ist nicht nur unberechtigt, sie ist auch dumm. Denn seine Freizeit für ein politisches Ziel zu opfern und sich ehrenamtlich zu engagieren, ist gelebte Demokratie. Und zur gelebten Demokratie gehört auch, Zustände zu kritisieren und andere Lösungen vorzuschlagen. Ganz gleich zu welchem Thema. Für einen Zuwanderungsstopp aus islamischen Ländern gibt es gute Gründe, über die man streiten kann. Aber den Kritikern einer zutiefst kritikwürdigen Ideologie das Menschsein abzusprechen, sie als „rechtspopulistisch“ oder gar als krank zu brandmarken, ist einem freien Land unwürdig und zeigt, wie richtig und notwendig es ist, weiterhin Freiheit und Demokratie in unserem Land zu verteidigen, ganz gleich in welcher Organisation.